tern hervorzuheben, die allein für Dresden fast 1000 beträgt. Der „Ausgleich" ist auf der anderen Seite erhöhte Ausbeutung der noch im Betrieb verbliebenen Arbeiter und „Sparmaßnahmen", wie teilweise Verminderung der Straßenbeleuchtung, Schließung von Krankenanstalten und Stillegung angefangener Bauten. Dazu kommen weiter auf das Konto sozialfascistischer Politik die neuen Lasten durch Negersteuer, Krisensteuer, Zollerhöhungen, als Ergebnis der von der SPD tolerierten Notverordnungsmaßnahmen.

Die Infamie der SPD-Presse ist einzig dastehend. Der Lügen-Vorwärts schreibt frech:

„Nach einer vollen Woche ungemein schwieriger und hartnäckig geführter Verhandlungen ist es gelungen, eine Verständigung zu erzielen. Nicht nur die direkt interessierten Gemeindearbeiter, auch die gesamte Arbeiterschaft und darüber hinaus die gesamte Oeffentlichkeit wird diesen Ausgang begrüßen."

Wir glauben vielmehr, daß der Arbeitgeberverband und die interessierten SPD-Bonzen allein diesen ungeheuerlichen Lohnraub begrüßen, weil einmal der Bankrott des kapitalistischen Systems auf die Gemeindearbeiter und die Werktätigen abgewälzt wird, die Kaufkraft zurückgeht, die Verkehrssicherheit noch mehr abnimmt und die Ausbeuterbande **gegen die übrigen** Lohn- und Gehaltsempfänger vorzustoßen versucht, wenn es gelingen sollte, das geplante Attentat auf die Gemeindearbeiterlöhne zu verwirklichen.

Dieselbe Linie wie die SPD-Führer beziehen auch die Nazis. Natürlich vermeiden diese Volksbetrüger eine konkrete Stellungnahme. Aber an den Plänen des Großkapitals, die in der Nazipresse täglich als „Rettungsmaßnahmen" gefeiert werden, ist zu erkennen, daß die Naziführer ebenso wie die SPD-Bonzen gekaufte Lakaien sind. So schreibt ein Generaldirektor Asterg in einem Artikel im Völkischen Beobachter am Sonnabend:

„Es wäre besser gewesen, wenn wir schon früher begonnen hätten, einzusehen, daß das Leben aller Deutschen in dem deutschen Tarifstaat einfach nicht möglich ist. Warum mußte der Beweis erst bis zu Ende erbracht werden?"

Dieser Ausbeuter, den das Naziblatt einen riesigen Platz einräumt, verlangt, daß auch der **letzte Schein der Lohntarife** beseitigt wird, und jeder einzelne Arbeiter und Angestellte somit ein Spielball der Lohnräuber ist. Die Einheitsfront der SPD-Führer, Nazis und der Millionäre gegen die Werktätigen tritt immer klarer hervor. Zur Rettung des Profits der Großkapitalisten sind sie bis zum Aeußersten bereit und versuchen von ihrem zynischen Volksbetrug durch eine infame Hetze gegen die KPD abzulenken.

Die Arbeiter denken aber nicht daran, die Kosten für den Bankrott der faschistischen Bourgeoisie weiter zu tragen. Trotz der gerissensten Tricks der Gewerkschaftsbürokratie fassen die Gemeindearbeiter vielerorts Beschlüsse: jedem Lohnraub mit **sofortigem Streik** zu beantworten. Auch der Versuch der SPD-Presse, den am Sonnabend vereinbarten Lohnraub als „relativ gering" und deshalb als „Erfolg" der Gewerkschaften hinzustellen, scheiterte an der Aufklärungskampagne der RGO und führte zur Stärkung des einmütigen Kampfwillens der Arbeiter. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß wie jetzt auch wieder in der Dresdner Straßenbahnerversammlung, sozialdemokratische, christliche und unorganisierte Arbeiter **geschlossen unter Führung der RGO** gegen die Lohnraub-Bürokratie ankämpften. Dem einstimmig gefaßten Streikbeschluß der Dresdner Straßenbahner **muß jetzt die sofortige Wahl von Streikleitungen in allen Gemeindebetrieben und der Eintritt in den Streik folgen.** Die Gemeindearbeiter werden sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern unter RGO-Führung geschlossen zum **Gegenangriff** marschieren. Nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger und Erwerbslosen, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung wird den Kampf der Gemeindearbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub durch **Massensolidarität** unterstützen. Mögen die Arbeiterfeinde hetzen, der Sieg der einheitlichen Streikfront ist gewiß.

Verschärfter Streik in Coswig

(Arbeiterkorrespondenz 1678)

Seit Freitag befinden sich die Bauarbeiter der Firma Seidel im Streik. Die Baugewerksbonzen haben am Sonnabend erklärt, daß sie mit dem Streik nichts zu tun haben. Auf Grund dieser Stellungnahme der DBV-Führer hat der Unternehmer Seidel erklärt, am Montag früh könnten alle wieder zu den alten Bedingungen anfangen, andernfalls die gesamte Belegschaft entlassen würde. Eine am Sonnabend tagende Streikversammlung hat einstimmig beschlossen, den Streik unter Führung der RGO weiter zu führen. Die anwesenden Erwerbslosen erklärten sich solidarisch mit den Streikenden und gelobten, alle Kräfte für den Sieg der Streikenden einzusetzen.

Oberleutnant Wendt entflohen

Stettin, 24. Aug. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie bereits die Sonntagsblätter meldeten, ist Oberleutnant **Wendt**, der im gleichen Prozeß wie Scheringer zu einer Festungshaft in Gollnow verurteilt wurde, **aus der Festung entflohen.** Obgleich am Sonnabend noch nicht feststand, ob es sich nur um eine eigenmächtige Urlaubsüberschreitung oder um Flucht handelte, steht jetzt einwandfrei fest, daß Wendt entflohen ist. Es ist zu vermuten, daß er von politischen Freunden, **wahrscheinlich Anhängern der Straßergruppe,** im Auto abgeholt wurde. Die polizeilichen Ermittelungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

Gewaltige Aufmärsche bei Roten Tagen

Riesenbeteiligung im Berliner Stadion / 45000 Demonstranten im Wuppertal

Berlin, 24. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Rote Tag im roten Berlin am gestrigen Sonntag gestaltete sich zu einem gewaltigen Massenaufmarsch des revolutionären Proletariats. Bereits lange vor Beginn des Programms war das Stadion in Neukölln gefüllt. Nach Meldungen der Welt am Abend sagte Heinz **Neumann**, der Redner des Tages, daß man jetzt sämtliche Morde, Verbrechen und Diebstähle den Kommunisten in die Schuhe schiebe. Die Notverordnung lege aber den Angegriffenen einen Maulkorb um, der es unmöglich mache, sich zu verteidigen. Trotzdem wächst die Partei und die Frage, daß ein freies sozialistisches Deutschland komme, sei jetzt nur noch zeitlich bedingt.

In der Umgebung des Neuköllner Stadions waren starke Polizeikräfte zusammengezogen. Ständige Postenstreifen zu Fuß, zu Pferde und in Autos durchstreiften die Umgebung. Es ist nirgends zu erheblichen Zusammenstößen gekommen.

*

Wuppertal, 24. August. (Eigene Meldung.)

Am Sonnabend und Sonntag fand unter ungeheurer Beteiligung in der Doppelstadt Wuppertal der rote Sport- und Kulturtag des Bezirks Niederrhein statt. Die Zahl der aktiven **Teilnehmer betrug 45—50 000.** Mehr als zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch des Zuges. Die beiden Sportplätze waren bereits vor Eintreffen des Zuges halb gefüllt. Tausende bildeten Spalier. Die am Sonnabend stattgefundene Eröffnungskundgebung mußte schon lange vor Beginn polizeilich geräumt werden, drei Parallelkundgebungen mußten abgehalten werden. Insgesamt 15 000 nahmen daran teil. Der Verlauf des roten Kulturtages ist das machtvolle Zeugnis des unaufhaltsamen Vormarsches der roten Kultur- und Sportbewegung und des Kommunismus.

Unglücksfall bei der Fahrt

Auto gerät ins Schleudern — Sportgenossen verletzt

Die Welt am Montag meldet: Ein Lastkraftwagen aus Viersen, der mit 100 Kommunisten besetzt war, die zum Sport- und Kulturtag nach Wuppertal wollten, geriet bei Velbert ins Schleudern. Der Anhänger stürzte um und wurde über 100 Meter weit fortgeschleift. 12 Personen wurden schwer und 16 leicht verletzt.

Gegen die Verbots- und Lügenhetze!

Erklärung der BL Sachsens

In der Kundgebung in Leipzig am 21. August gab der Gen. Selbmann gegenüber den neuerlichen Hetzberichten der sozialdemokratischen Presse über die Zusammenstöße in Leipzig-Lindenau folgende Erklärung ab, die wir im Wortlaut veröffentlichen und die der Gen. Selbmann nachträglich noch im zweiten Punkt gegenüber Auslassungen des Leipziger Polizeipräsidiums ergänzt hat. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. **Es ist bis jetzt keinerlei Beweis erbracht, daß der verhaftete Martin Kroll, der als der Messerstecher bezeichnet wird, tatsächlich den sozialdemokratischen Arbeiter Max Markus erstochen hat. Es liegen sehr beachtliche Anhaltspunkte dafür vor, daß der Täter in einer ganz anderen Richtung zu suchen ist.**
2. **Die BL der KPD Sachsen stellt entgegen allen Behauptungen nochmals fest, daß der verhaftete Martin Kroll weder Mitglied der KPD noch des KJVD ist. Wenn die SPD-Presse sich auf eine Auslassung des Leipziger Polizeipräsidiums beruft, so erkläre ich ausdrücklich, daß auch das Leipziger Polizeipräsidium es nicht wagt, die Behauptung aufzustellen, Kroll sei Mitglied der KPD oder des KJVD. Was das Polizeipräsidium über den Pflegevater von Kroll sagt, ist nichts anderes, als der Beweis dafür, daß das Polizeipräsidium Leipzig sich in Ermangelung konkreter Beweisangaben eifrig in Stimmungsmache gegen die KPD betätigt.**
3. **Die KPD hat immer Gewalttätigkeiten zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern verurteilt und nie eine Hetze gegen sozialdemokratische Arbeiter betrieben. Eine Beschimpfung sozialdemokratischer Arbeiter, wie sie in dem Ausspruch des SPD-Abgeordneten Künstler: „Die KPD ist eine Partei von organisierten Verbrechern" kommunistischen Arbeitern gegenüber praktiziert worden ist, ist von seiten der KPD niemals erfolgt oder geduldet worden.**
4. **Wir haben Beweise dafür, daß Reichsbanner- und Schupo-Leute regelrecht zu Provokationen teilweise auch in anderen Orten, kommandiert worden sind.**
5. **Während, wie uns aus zuverlässigen Mitteilungen bekannt ist, in Reichsbanner- und Schupoformationen am Tage der Beerdigung von Max Markus Stimmung gemacht wurde für eine „Strafexpedition" nach dem Leipziger Westen, um einige Verkehrslokale der KPD zu stürmen, hat die KPD am Tage der Beerdigung von Max Markus die Arbeiterschaft öffentlich durch geeignete Materialien aufgefordert, alle Provokationen und Gewalttätigkeiten zwischen Arbeitern zu verhindern.**

Diese Erklärung des Gen. Selbmann zeigt die Haltlosigkeit und Verlogenheit der sozialdemokratischen Zuträgerschaft, die, wie die Leipziger Volkszeitung am Montag selbst zugab, aus dem folgenschweren Zusammenstoß in Leipzig politisches Kapital zu schlagen versucht.

Mitteilung des ZK der KPD

Vom Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands wird uns mitgeteilt:

Die „BZ. am Mittag" vom 22. August 1931 enthält die Behauptung, daß während der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses in einem „bisher verborgen gebliebenen Raum im Keller" Adressenmaterial gefunden sei, auf Grund dessen Waffenfunde der Polizei erfolgt seien. Diese Behauptung beruht auf freier Erfindung. Bei sämtlichen, während der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses vorgenommenen Haussuchungen einschließlich der letzten wurde entweder gar nichts oder lediglich alte Makulatur beschlagnahmt. Irgendein Zusammenhang **zwischen diesen Beschlagnahmen und angeblichen Waffenfunden der Polizei besteht nicht.** Alle entgegengesetzten Zeitungsbehauptungen sind bewußte Lügen.

Einen besonders niederträchtigen Versuch, die Kommunistische Partei zu verleumden, stellt die Meldung des „Vorwärts" vom 22. August dar, die die Entdeckung eines Waffenlagers in der Tilsiter Straße 85 zu Berlin dazu benutzt, um den Kommunisten das Eisenbahnattentat von Jüterbog in die Schuhe zu schieben. Das sogenannte Waffenlager in der Tilsiter Straße stellt selbst nach bürgerlichen Meldungen unbrauchbares Material aus der Kriegszeit dar. **Die KPD. hat nicht das mindeste damit zu tun.** Die „Vorwärts"-Meldung stellt eine genau ebenso aus der Luft gegriffene Verleumdung dar wie diejenige, auf Grund deren der „Angriff" verboten wurde. Bei dem Eisenbahnattentat von Jüterbog befand sich unter den Passagieren des betroffenen Zuges in einem der verunglückten Eisenbahnwaggons der Bezirkssekretär des dortigen Bezirks der KPD., Reichstagsabgeordneter Wilhelm **Koenen**. Er nahm an den Rettungsarbeiten lange vor dem Eintreffen des Rettungszuges der Reichsbahn den aktivsten Anteil. Allein diese Tatsache beweist zur Genüge die Albernheit einer Behauptung von Zusammenhängen zwischen der KPD. und dem Eisenbahnattentat.

Alle diese Zeitungsmeldungen dienen lediglich der Verhetzungshetze gegen die Kommunistische Partei und der Ablenkung von den schweren Nöten des deutschen Volkes.

Pensionskürzung — Brüning überläßt sie dem Reichstag

Nach einer amtlichen Mitteilung der Brüning-Regierung wird darauf hingewiesen, daß der Reichsregierung der Vorwurf gemacht werde, sie habe in der Herabsetzung der hohen Pensionen nicht das Erforderliche getan. Dazu erklärt die Brüning-Regierung u. a., der Entwurf sei im Reichstag steckengeblieben und fährt wörtlich fort:

„Angesichts der Schwierigkeiten, die in dieser Sache insofern liegen, als ein Eingriff in verfassungsmäßig geschützte Rechte in Frage kommt, hält die Reichsregierung eine Erledigung durch **den Reichstag** für zweckmäßig."

Wo es sich um die Kürzung der hohen Pensionen handelt, wird die Brüning-Regierung verfassungsmäßig. Da mag sie keine Notverordnung erlassen, sondern überläßt die Frage dem Reichstag, der . . . nicht zusammentritt.

Schwere Regierungskrise in England

Bildung eines Koalitionskabinetts der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten geplant
Abwälzung des Defizits auf die Massen

Das englische Kabinett des Sozialfaschisten Macdonald macht eine schwere Krise durch, die sich am heutigen Sonntag besonders zugespitzt hat. Der Ernst der Lage kam schon am Sonnabend dadurch zum Ausdruck, daß man mit der in England so hochgehaltenen Tradition des Weekend brach und eine Kabinettssitzung einberief. Der englische König hat seinen Urlaub **abgebrochen** und ist am Sonntag morgen 8 Uhr nach London zurückgekehrt. Der Premierminister war gleich am Sonntag vormittag zum Vortrag beim König „und hat" — wie geflüsternd betont wird — „den Monarchen gebeten, sich auch von Führern der beiden Oppositionsparteien Vortrag halten zu lassen". (Berliner Montagspost.) Es waren auch gleich nach ihm die Führer der Liberalen und der Konservativen, Sir Herbert Samuel und Baldwin, beim König. Es erschienen dann Baldwin, Chamberlain und Samuel in der Kabinettssitzung.

Es handelt sich bei der Regierungskrise, deren Untergrund die wirtschaftliche Linie Englands ist, darum, daß Macdonald das Budgetdefizit von 2,4 Millionen Mark dadurch ausgleichen will, daß er zur Hälfte neue Steuern erhebt und zur anderen Hälfte Ersparnisse besonders aus der Arbeitslosenversicherung machen will. Damit sind nicht alle Kabinettsmitglieder einverstanden. Jetzt gehen die Verhandlungen dahin, ein **Konzentrationskabinett mit den Liberalen und Konservativen zu bilden** (große Koalition nach deutschem Muster). Sollten diese Verhandlungen scheitern, dann muß Macdonald zurücktreten.

Das englische Beispiel zeigt, daß die **Sozialdemokraten** in allen Ländern gern bereit sind, die Interessen der Werktätigen **für die des kapitalistischen Staates zu verraten.**

Der bayerische Ministerpräsident hielt in Tuntenhausen eine Rede, in der er sagte, Bayern wehre sich mit Händen und Füßen gegen die beabsichtigte Reichsreform. Die Vorschläge würden die Main-Linie in ihrer vollen Breite aufreißen. Bayern werde den Kampf bis zum Äußersten führen.

Diese Erklärung kennzeichnet scharfe Differenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft sieht in der Reichsreform Brüning-Severings eine Verschärfung der Durchführung der faschistischen Diktatur, die stärkere Zentralisierung der kapitalistischen Staatsgewalt. Eine wirkliche Reichsreform im Interesse der Massen wird nur ein freies sozialistisches Deutschland bringen.

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandsteile, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Notizen und Briefkasten: Felix Brandeis, Dresden; für Auslands: Karl Preßner, Berlin; für Briefkasten und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Gärtner, Dresden. Für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Güterbahnhofstraße 2.